

**Ausgleichsleistungsantrag****A. Angaben zur antragstellenden Gemeinde (Antragstellerin)**

Gemeinde: .....

Gemeinde-ID: .....

Anschrift: .....

Verwaltungsgemeinschaft: .....

Ansprechpartner: .....

Telefon/ Telefax: .....

E-Mail: .....

**B. Allgemeine Angaben****1. Der nachfolgende Antrag auf Ausgleichsleistung bezieht sich auf die Straßenausbaumaßnahme**.....  
(insbesondere Angabe Ortsteil/Straßenname/Bezeichnung der Straßenausbaumaßnahme/Abschnitt/Teileinrichtung)**2. Die Straßenausbaumaßnahme wurde** durch Einleiten des Vergabeverfahrens

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....

 durch Beginn der technischen Herstellung durch eigenes Personal

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....

 begonnen am: .....

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....

 beendet am: .....

Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....

**3. Für die Straßenausbaumaßnahme wurde der voraussichtliche Ausgleichsbedarf nach § 4 ThürSABAusglVO angemeldet** am: ..... in Höhe von: .....



- Nachweis der Investitionskosten durch Vorlage der wesentlichen Rechnungen, insbesondere der Schlussrechnung(en)  
Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....
- Lageplan/ Flurkartenauszug mit Kennzeichnung der Ausbaumaßnahme  
Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....
- Ausführungsplanung oder ähnliche Planunterlagen  
Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....
- Fotodokumentation der Ausbaumaßnahmen (vorher/ nachher)  
Nachweis durch Anlage(n) - Nr.: .....

**D. Bestätigungen der antragstellenden Gemeinde**

- Die Richtigkeit der gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.
- Es wird bestätigt, dass der beantragten Ausgleichsleistung nur solche Investitionskosten zugrunde gelegt wurden, die nach § 8 ThürSABAusglVO berücksichtigungsfähig sind.
- Es wird bestätigt, dass die beantragten Ausgleichsleistungen ausschließlich Maßnahmen betreffen, für die nach der bis zum 31. Dezember 2018 geltenden Rechtslage Straßenausbaubeiträge erhoben werden durften beziehungsweise erhoben worden wären. Bei der oben genannten Maßnahme, für die eine Ausgleichsleistung beantragt wird, handelt es sich ausdrücklich nicht um Maßnahmen für die Erschließungsbeiträge nach dem Baugesetzbuch erhoben werden können sowie um Maßnahmen für die laufende Straßenerhaltung und Straßeninstandsetzung (§ 3 Abs. 1 Satz 2 ThürSABAusglVO).

.....  
Ort, Datum                      Unterschrift des Bürgermeisters/ Oberbürgermeisters                      (Dienstsiegel)

**E. Prüfungen und Bestätigungen der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde**

Rechtsaufsichtsbehörde: .....

Ansprechpartner: .....

Telefon/ Telefax: .....

E-Mail: .....

Der Antrag der Gemeinde ist eingegangen am: .....

- Der Antrag wurde fristgemäß (§ 5 Abs. 2 ThürSABAusglVO) vorgelegt.
- Der Antrag ist verfristet.

Die Gemeinde hat den voraussichtlichen Ausgleichsbedarf für die oben genannte Straßenausbaumaßnahme nach § 4 ThürSABAusglVO

- fristgemäß angemeldet.
- verspätet angemeldet.
- nicht angemeldet.

Es wird bestätigt, dass eine Schlüssigkeits- und Vollständigkeitsprüfung des Antrages, einschließlich der vorgelegten Nachweise, durchgeführt wurde.

Die Angaben der Gemeinde stimmen mit den bei der Rechtsaufsichtsbehörde vorliegenden Unterlagen

überein.

nicht überein.

Es wurden folgende Unstimmigkeiten festgestellt beziehungsweise konnten nicht abschließend geklärt werden:

.....

.....

Der Ausgleichsleistungsantrag der Gemeinde ist

vollständig.

noch nicht vollständig, wird aber weitergeleitet, weil die Frist nach

§ 5 Abs. 4 Satz 4 Halbsatz 2 ThürSABAusgIVO abläuft am: .....

Von der Gemeinde wurden zur Vervollständigung des Ausgleichsleistungsantrages folgende Unterlagen nachgefordert, die der Rechtsaufsichtsbehörde noch nicht vorgelegt wurden:

.....

.....

.....

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift, Funktion

.....  
(Dienstsiegel)